

bads zu bauen, jedoch im Inneren keine Umkleidemöglichkeiten für Rollstuhlnutzende und/oder keinen Lifter ins Wasser zur Verfügung zu stellen. Es bedarf also einer Auseinandersetzung mit Barrieren und Möglichkeiten, diese abzubauen, die die Gesamtheit von Information, Ort und Aktivität bedenkt und nicht ausschließlich Einzelaspekte in den Blick nimmt. Eine Ambivalenz von Barrierefreiheit, die auf handlungspraktischer Ebene ebenso reflektiert werden muss wie in theoretischer Hinsicht, besteht darin, dass Unterstützungssysteme zwar Zugänge eröffnen können, demgegenüber allerdings zur ›Besonderung‹ der AdressatInnen beitragen, wodurch diese in gewisser Hinsicht als unterstützungsbedürftig etikettiert werden, was wiederum dazu beitragen kann, Zugänge eher zu verschließen als sie zu eröffnen. Was die Recherche ebenfalls offensichtlich macht, ist, dass ein gewisser je individueller Unterstützungsbedarf bedeuten kann, sich intensiv damit auseinandersetzen zu müssen, inwiefern welche Orte barrierefrei sind und welche Art von Unterstützung organisiert werden muss, um den jeweiligen Ort zu besuchen. Handlungspraktisch bedarf es also möglicherweise einer besseren Kennzeichnung und Information über die Barrierefreiheit öffentlicher Orte – insbesondere jenseits der barrierefreien Zugänglichkeit für Rollstuhlnutzende. Darüber hinaus gilt es, zu untersuchen, wie sich je bestimmte, ›barrierefreie‹ Strukturen auf Nutzende auswirken, ob diese Auswirkungen zumutbar sind oder ob Handlungsbedarf besteht, diese zu verändern. Zu diskutieren wäre hierbei beispielsweise, ob und inwiefern es einer Person zuzumuten ist, einen gesonderten Eingang verwenden zu müssen, da der reguläre Eingang nicht barrierefrei genutzt werden kann. Ein weiterer und schließlich letzter Aspekt, der angesprochen werden soll, betrifft die Niedrigschwelligkeit von Hilfen und Unterstützungsstrukturen. Ist der Aufwand sehr groß, Zugänge zu bestimmten Orten (sowie Informationen und Aktivitäten) zu schaffen, so sinkt womöglich die Bereitschaft, überhaupt teilnehmen zu wollen. Barrierefreiheit sollte auch in dieser Hinsicht nicht weitergehend behindernd wirksam werden.

## 12. Strukturdatenrecherche

Im Rahmen einer Strukturdatenrecherche werden die fünf Sozialräume abstrakt beschrieben, die Gegenstand der hiesigen Studie sind (beispielsweise EinwohnerInnenzahl, Arbeitslosenquote, durchschnittliches Ein-

kommen etc.). Die Strukturdatenrecherche folgt dabei dem Gedanken, dass »Wirtschaftsstrukturen, Bildungsangebote, räumliche Dichte und Mobilitätsbedingungen, Angebote sozialer Dienstleistungen, lokale Sozialpolitik und vieles mehr [...] einen entscheidenden Einfluss auf das [hat], was im Inklusionsdiskurs als Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bezeichnet wird« (Kratz et al. 2016, S. 16). Ziel ist, die untersuchten Sozialräume in ausgesuchten Themenbereichen abstrakt beziehungsweise deskriptiv-statistisch zu beschreiben. Darüber hinaus sind die folgenden drei Punkte relevant:

1. **Felderöffnung:** Die Felderöffnung ist der erste Schritt dabei, die Sozialräume näher kennenzulernen und (vergleichend) zugänglich zu machen. Folglich soll anhand der Strukturdatenrecherche untersucht werden, wie sich die fünf untersuchten Sozialräume zueinander verhalten und zwar unter anderem in Bezug auf die EinwohnerInnengröße, das durchschnittliche Einkommen, den sogenannten Mietspiegel etc. Darüber hinaus stehen zielgruppenspezifische Fragen im Vordergrund: Wie viele Menschen mit Behinderung, Fluchtmigrationshintergrund oder Demenz leben im Sozialraum? Wie viele Einrichtungen der Behindertenhilfe und Altenhilfe gibt es? Wie viele Förder-, integrative und Regelinrichtungseinrichtungen gibt es?
2. **Einordnung der Ergebnisse:** Die Strukturdatenrecherche bildet zweitens eine Art Referenzrahmen, der herangezogen werden kann, um (insbesondere) die Ergebnisse der Sozialraumanalysen (siehe Kapitel V) weitergehend einzuordnen. Insofern bilden die Strukturdaten einen Status quo ab, ausgehend von dem Veränderungen abgelesen werden können, die möglicherweise im Zusammenhang mit Maßnahmen stehen, die im Rahmen des untersuchten Projekts durchgeführt werden.
3. **Strukturdaten als Ergebnis:** Schließlich sind die recherchierten Strukturdaten selbst Ergebnis, die erste Rückschlüsse darauf zulassen, wie die Sozialräume je ausgestaltet sind. Beispielsweise kann anhand der Höhe der Arbeitslosenquote auf eine gewisse Prekarität im Bereich Arbeit geschlossen werden oder eine geringe Dichte an Angeboten der Behindertenhilfe weist auf nur geringe Wahlmöglichkeiten der AdressatInnen hin. Ausgehend davon können im Rahmen der Sozialraumanalysen vertiefende Fragen gestellt und verfolgt werden.

Das methodische Vorgehen wird in diesem Kapitel ebenso dargelegt (Kapitel 12.2) wie Herausforderungen der Recherche (Kapitel 12.3), woraufhin eine strukturelle Beschreibung der fünf Sozialräume (Kapitel 12.4) sowie ein Überblick über handlungsfeldspezifische Strukturdaten (Kapitel 12.5) folgen. Es sei darauf hingewiesen, dass die sehr umfangreiche Strukturdatenrecherche hier nicht vollumfänglich abgebildet wird, sondern lediglich ausgewählt und exemplarisch. Aus Gründen der Übersichtlichkeit (und da einige dieser Strukturdaten weniger relevant und/oder aussagekräftig sind) wird auf eine Darstellung der Bevölkerungsdichte, des durchschnittlichen Kaufpreises von Wohnimmobilien in €/m<sup>2</sup>, der Entfernungen der jeweiligen Wohneinrichtungen der Behinderten- und Altenhilfe zum Stadtzentrum sowie der Freizeitangebote im Kontext Behinderung, Fluchtmigration und Alter verzichtet. Sollte es für die weiteren Ausführungen relevant sein, werden diese zusätzlichen Ergebnisse der Strukturdatenrecherche ergänzend herangezogen.

## 12.1 Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen bei der Strukturdatenrecherche sieht vor, eine Übersicht mit relevanten Daten und Größen zu erstellen, die in unterschiedlichen Themen- und Handlungsfeldern angeordnet sind. Die Recherche wurde in vier aufeinander aufbauenden Rechschritten vorgenommen, die im Folgenden beschrieben werden.

1. **Recherche durch die KoordinatorInnen des untersuchten Projekts:** Die Strukturdatenrecherche wurde von den KoordinatorInnen des untersuchten Projekts in den Sozialräumen begonnen, nachdem ihnen eine Liste über die erforderlichen Daten zugestellt wurde. Rasch stellte sich heraus, dass (a) der zeitliche Aufwand für die KoordinatorInnen sehr hoch war, die erforderlichen Daten zu recherchieren, und diese zudem belastet waren durch andere zu dem Zeitpunkt notwendigen Aufgaben. Darüber hinaus zeigte sich, dass (b) die Daten teilweise unveröffentlicht waren und in einigen Fällen sehr deutlich von offiziell veröffentlichten Daten abwichen. Um einen vergleichbaren, für das Projekt validen Datenkorpus zu generieren, wurden die Rechschritte (2), (3) und (4) durchgeführt.

2. **Desktoprecherche:** Die Recherchen anhand einer Internetsuchmaschine und unter anderem in den Internetauftritten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder konnten einen Teil der erforderlichen Strukturdaten offenlegen.
3. **Kontaktaufnahme per E-Mail:** Strukturdaten, die nicht ohne Weiteres anhand der Desktoprecherche gefunden werden konnten, wurden in vielen Fällen per E-Mail-Kontaktaufnahme angefragt. Im Gros war der Rücklauf diesbezüglich sehr positiv, wobei insbesondere die Kooperationsbereitschaft der MitarbeiterInnen der kontaktierten Behindertenhilfeträger hervorgehoben werden muss.
4. **Telefonrecherche:** Schließlich nahm eine Telefonrecherche einen beträchtlichen Anteil der Strukturdatenrecherche ein, anhand derer diese entscheidend um noch fehlende Angaben ergänzt wurde. Kontaktiert wurden dabei vor allem Personen, die in der Verwaltung der jeweiligen Sozialräume tätig sind.

## 12.2 Herausforderungen der Strukturdatenrecherche

Eine der größten Herausforderungen der Recherche bestand darin, vergleichbare Daten über die fünf untersuchten Sozialräume zu generieren. Diesem Anspruch kann zwar größtenteils entsprochen werden, allerdings kommt es dennoch immer wieder vor, dass die dargelegten Daten nur eingeschränkt vergleichbar sind. Dafür sind vor allem zwei Aspekte verantwortlich, die im Folgenden ausgeführt und problematisiert werden.

### Aktualität vs. Vergleichbarkeit

Im Rahmen der Recherchen mussten immer wieder Spannungsverhältnisse zwischen unterschiedlichen Ansprüchen abgewogen werden. Die größten Spannungen bestehen im Anspruch, möglichst aktuelle Daten zu generieren, die gleichzeitig einschränkungslos miteinander verglichen werden können. Die Konsequenz daraus war, dass teilweise weniger aktuelle Daten zugrunde gelegt werden mussten, um dem Anspruch der Vergleichbarkeit zu genügen. Dies erfolgte unter anderem dann, wenn die Daten anhand unterschiedlicher Definitionen generiert wurden. Hiervon sind insbesondere die Angaben zur Anzahl der im herkömmlichen Sinne als ›behindert‹ geltenden Menschen in den Sozialräumen betroffen, erwies es sich doch bei dieser Recherche als äußerst schwierig, zuverlässige Angaben für die einzel-

nen Sozialräume zu finden. Während teils Zahlen überhaupt nicht verfügbar waren, differierte in den Fällen, in denen Angaben gefunden wurden, die Definition von ›Behinderung‹. Beispielsweise wurden teils Menschen mit einem Grad der Behinderung ab 20 als ›behindert‹ kategorisiert, wogegen in anderen Angaben von einem Grad der Behinderung von 50 und mehr ausgegangen wurde. Dies hat zur Folge, dass die Zahlen nicht vergleichbar sind. Es musste nun also ein Weg gefunden werden, vergleichbare Daten zu recherchieren. Schlussendlich wurde dazu auf die Angaben der Bundesländer zurückgegriffen, da für diese – vergleichbare – Angaben zur Anzahl der Menschen mit Schwerbehinderung (ab einem Grad der Behinderung von 50) im jeweiligen Bundesland vorliegen. Diese wurden anhand der EinwohnerInnenzahl näherungsweise für die einzelnen Sozialräume berechnet, woraus sich vergleichbare Werte ergeben. Dass es sich hierbei um eine forschungspraktische Einschränkung handelt, ist klar und es muss betont werden, dass die in Kapitel 12.4 jeweils dargestellten Zahlen und Anteile lediglich näherungsweise Angaben sind. Die gegebenenfalls geringere Genauigkeit wird allerdings zugunsten der Vergleichbarkeit der Daten in Kauf genommen. Ähnliche Herausforderungen stellten sich in Bezug auf die Anzahl der Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund, wobei ebenfalls die Definition des Personenkreises schwierig und oftmals nicht übereinstimmend war und zudem die Fluktuation in den Sozialräumen so hoch ist, dass die Anzahl der Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund durch permanente Zu- und Wegzüge sehr stark variiert, wodurch letztlich keine validen Daten diesbezüglich erhoben werden konnten. Auch die Anzahl der Menschen mit Demenz war nicht zu recherchieren, da diese weder von den Sozialräumen noch von den Ländern erhoben wird. Hier wurde auf eine Recherche demographischer Angaben ausgewichen, um zumindest Informationen über die Altersverteilung der Menschen in den Sozialräumen zur Verfügung zu haben. Problematisch war darüber hinaus, dass die Strukturdaten – entgegen der Planung im Forschungsdesign – über einen vergleichsweise langen Zeitraum erhoben werden mussten, was insbesondere daran lag, dass den Verantwortlichen in den Sozialräumen die angefragten Daten nicht ohne Weiteres zur Verfügung standen. Dies wiederum kann dahingehend problematisiert werden, dass im Sozialraum selbst offenbar Informationen zur deskriptiven Beschreibung dessen fehlen, was potenziell die Planung und/oder Ausführung von inklusionsorientierten Maßnahmen beeinflusst, da beispielsweise unklar ist, wie viele Personen zum AdressatInnenkreis

der jeweiligen Maßnahme gezählt werden. Durch diese Hürden im Rechercheprozess, die zur Verlängerung des anvisierten Erhebungszeitraums führten, wurde es notwendig, einzelne Daten immer wieder zu aktualisieren, um auch hier Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Auf diese Weise sollte beispielsweise vermieden werden, dass die aktuelle Anzahl der Vereine mit einer veralteten EinwohnerInnenzahl verglichen wird (siehe Kapitel 12.5.4).

### Leerstellen im Datenkorpus

Als problematisch stellte sich heraus, dass einzelne Daten teils nicht für alle Sozialräume verfügbar waren, weshalb bezüglich einzelner Themen auf Daten ausgewichen werden musste, die sich auf die Region und/oder den Kreis beziehen. Dass dadurch einzelne Angaben weniger genau – und damit auch weniger aussagekräftig – sind, wurde vor dem Hintergrund in Kauf genommen, dass so zumindest eine näherungsweise Aussage für den jeweiligen Sozialraum möglich ist. Dies betrifft unter anderem die Daten zu den drei jeweils stärksten Wirtschaftsbranchen in den Sozialräumen (siehe Kapitel 12.4). Einige Daten jedoch konnten auch mit größtem Rechercheaufwand nicht in der gewünschten Art und Weise offengelegt werden, weshalb es einige Leerstellen im Datenkorpus gibt, die auch nicht mit näherungsweise Angaben geschlossen werden können. Dies betrifft beispielsweise, wie oben bereits problematisiert, die Anzahl der Menschen mit Demenz in den Sozialräumen.

## 12.3 Beschreibung der Sozialräume

Die fünf untersuchten Sozialräume sind heterogen und unterscheiden sich bezüglich einiger Strukturdaten teils deutlich voneinander. Demgegenüber können jedoch immer wieder Gemeinsamkeiten ausgemacht werden, aus denen annehmbar ähnliche Herausforderungen erwachsen, bei deren Bewältigung sich die Sozialräume gegenseitig unterstützen können. Im Folgenden werden die einzelnen Sozialräume entlang deskriptiv-statistischer Daten beschrieben, woraufhin Einblick in handlungsfeldspezifische Strukturen<sup>10</sup> gegeben wird. Eine tiefergehende qualitative Beschreibung

10 In Bezug auf die handlungsfeldspezifischen Strukturen in den einzelnen Sozialräumen sei darauf hingewiesen, dass die Zahlen zumeist aus unterschiedlichen Quellen recherchiert wurden. Während ein Teil der Daten per Desktoprecherche zusammengetragen

der Sozialräume, insbesondere hinsichtlich der qualitativen Erfahrung von Barrieren, findet sich in den Ergebnissen der ethnographischen Sozialraumbegehungen (siehe Kapitel 13).

### 12.3.1 Erlangen

Die bayerische Großstadt Erlangen hat 113.164 EinwohnerInnen. Ihre drei stärksten Wirtschaftsbranchen sind (1) Herstellung von elektrischen Erzeugnissen, (2) Gesundheitswesen sowie (3) Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen). ArbeitnehmerInnen verdienen in Erlangen durchschnittlich 24.139€ pro Jahr. Circa 3,7 % der potenziell Erwerbstätigen sind als »arbeitslos« registriert. Die durchschnittliche Miete beträgt 12,25€ pro m<sup>2</sup>. In Erlangen leben ungefähr 10.003 Menschen mit Schwerbehinderung (entspricht circa 8,8 % der Bevölkerung), circa 17,9 % der Bevölkerung sind über 65 Jahre alt<sup>11</sup>.

### 12.3.2 Rostock

Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) ist mit 208.299 EinwohnerInnen der größte Sozialraum, der in dieser Studie untersucht wird. Im Stadtteil »Südstadt«, auf dem im Rahmen des Projekts ein besonderer Fokus liegt, wohnen 15.035 Personen. Für die Strukturdatenrecherche hatte diese Fokussierung zur Folge, dass parallel zu den Daten bezüglich der Stadt Rostock ebenfalls Daten erhoben werden sollten, die sich ausschließlich auf den Stadtteil Südstadt beziehen. Dies war mit größeren Einschränkungen verbunden, da häufig keine stadtteilbezogenen Daten vorlagen. Infolgedessen können nur in Einzelfällen zusätzliche Angaben zum Stadtteil Südstadt gemacht werden. Die drei stärksten Wirtschaftsbranchen in Rostock sind (1) Gesundheitswesen, (2) Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen), (3) Sozialwesen (ohne Heime). Die EinwohnerInnen Rostocks verdienen

---

wurde, wurden einige Angaben bei den Trägern und Institutionen angefragt und per E-Mail oder telefonisch übermittelt. Aufgrund der Vielfalt der verwendeten Quellen, die den hier dargelegten Zahlen zugrunde liegen, wird auf eine detaillierte Angabe aller Verweise verzichtet.

- 11 Stadt Erlangen, Bürgermeister- und Presseamt, Sachgebiet Statistik und Stadtforschung 2016, S. 24; Bundesagentur für Arbeit 2018c; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland 2018; Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2020; PWIB Wohnungs-Infobörse GmbH 2018a; Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2018; Bayerisches Landesamt für Statistik 2018, S. 6.

im Jahr durchschnittlich 18.488€, wobei es sich im Vergleich mit den anderen Sozialräumen um den geringsten jährlichen Verdienst handelt. Zudem ist in Rostock die Arbeitslosenquote mit 7,4 % am höchsten. Der durchschnittliche Mietpreis beträgt 7,72€ pro m<sup>2</sup>. In Rostock leben circa 24.267 Menschen mit Schwerbehinderung, was einem Bevölkerungsanteil von circa 11,7 % entspricht. Durchschnittlich 23,3 % der EinwohnerInnen Rostocks sind über 65 Jahre alt<sup>12</sup>.

### 12.3.3 Schneverdingen

Schneverdingen (Nieder-Sachsen) hat 18.795 EinwohnerInnen und ist damit der kleinste untersuchte Sozialraum. Die drei stärksten Wirtschaftszweige sind (1) Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, (2) Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen), (3) Gesundheitswesen, wobei anzumerken ist, dass sich hierbei auf die Angaben des Kreises beziehungsweise des zuständigen Arbeitsamtes (Celle) gestützt wurde, da für Schneverdingen keine unmittelbaren Daten zur Verfügung stehen. Durchschnittlich verdienen die ArbeitnehmerInnen in Schneverdingen 20.093€ pro Jahr (den Angaben zugrunde liegen hierbei die Daten des Landkreises Heidekreis). Die Arbeitslosenquote liegt bei 5,1 %. Durchschnittlich müssen die EinwohnerInnen Schneverdingens 5,69€ Miete pro m<sup>2</sup> aufbringen, was im Vergleich zu den anderen Sozialräumen des Projekts der niedrigste Wert ist. In Schneverdingen leben im Durchschnitt 1.760 Menschen mit Schwerbehinderung. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 9,4 %. Die Menschen in Schneverdingen sind im Vergleich zu den anderen Sozialräumen durchschnittlich am ältesten, circa 24,7 % der EinwohnerInnen sind über 65 Jahre alt<sup>13</sup>.

12 Rathaus Rostock 2018; Bundesagentur für Arbeit 2018e; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland 2018; Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2018d; PWIB Wohnungs-Infobörse GmbH 2018b; Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2017, S. 24; Hansestadt Rostock. Der Oberbürgermeister. Presse- und Informationsstelle 2016, S. 34.

13 Stadt Schneverdingen 2018; Bundesagentur für Arbeit 2018b; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland 2018; Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2018a; iib Institut Innovatives Bauen Dr. Hettenbach GmbH 2018b; Landkreis Emsland 2018, S. 1; Landesamt für Statistik Niedersachsen 2018.



### 12.3.4 Schwäbisch Gmünd

Schwäbisch Gmünd liegt in Baden-Württemberg und hat 60.743 EinwohnerInnen. Dort sind die drei stärksten Wirtschaftsbranchen (1) Herstellung von elektronischen Erzeugnissen, (2) Metallherzeugung und -bearbeitung, (3) Maschinenbau (Angaben des Arbeitsamtes Aalen). Durchschnittlich verdienen ArbeitnehmerInnen in Schwäbisch Gmünd 23.226€ pro Jahr, 2,5 % der potenziellen ArbeitnehmerInnen sind arbeitslos (im Vergleich zu den anderen untersuchten Sozialräumen entspricht dies dem niedrigsten Wert). Der durchschnittliche Mietpreis liegt bei 8,24€ pro m<sup>2</sup>. In Schwäbisch Gmünd leben durchschnittlich 5.205 Menschen mit Schwerbehinderung, was einem Anteil an der Bevölkerung von 8,6 % entspricht. Circa 20 % der EinwohnerInnen sind über 65 Jahre alt<sup>14</sup>.

### 12.3.5 Verbandsgemeinde Nieder-Olm

Die Verbandsgemeinde Nieder-Olm liegt in Rheinland-Pfalz und setzt sich aus acht eigenständigen Gemeinden zusammen. Insgesamt hat die Verbandsgemeinde Nieder-Olm 34.888 EinwohnerInnen. Die drei stärksten Wirtschaftsbranchen in diesem Sozialraum sind (1) Gesundheitswesen, (2) Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen), (3) Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung. ArbeitnehmerInnen verdienen im Durchschnitt 24.639€ pro Jahr (Angaben des Arbeitsamtes Mainz-Bingen), wobei es sich um den höchsten durchschnittlichen Verdienst im Vergleich zu den anderen untersuchten Sozialräumen handelt. Durchschnittlich 3,4 % der potenziellen ArbeitnehmerInnen sind arbeitslos. Für die Miete von Wohnraum müssen in der Stadt Nieder-Olm, die stellvertretend und exemplarisch für alle Gemeinden der Verbandsgemeinde ausgewählt wurde, durchschnittlich 9,49€ pro m<sup>2</sup> aufgewendet werden. In der Verbandsgemeinde leben durchschnittlich 2.711 Menschen mit Schwerbehinderung, was einem Bevölkerungsanteil von 7,8 % entspricht. Ungefähr 19,8 % der EinwohnerInnen sind über 65 Jahre alt<sup>15</sup>.

14 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2018c; Bundesagentur für Arbeit 2018a; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland 2018; Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2018c; PWIB Wohnungs-Infobörse GmbH 2018c; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2018b; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2018a.

15 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2018, S. 2; Bundesagentur für Arbeit 2018d; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland 2018; Statistik der Bundes-

12.4 Handlungsfeldspezifische Strukturen

12.4.1 Werkstätten für Menschen mit Behinderung

Im Folgenden ist die Anzahl an Plätzen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) dargestellt, die in den untersuchten Sozialräumen jeweils vorhanden sind. Weitere Daten aus dem Bereich Arbeit und Behinderung liegen vor (beispielsweise Anzahl der Werkstätten in den untersuchten Sozialräumen), jedoch wird hier der Fokus auf die Anzahl der Plätze gelegt und ausschließlich diese Daten abgebildet und diskutiert.

Tabelle 8: Werkstätten für Menschen mit Behinderung

	Erlangen	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd	VG Nieder-Olm
Plätze in den WfbM	325	1200	0	520	46 <sup>16</sup>

Die Tabelle zeigt, dass es in Schneverdingen keine Plätze in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung gibt, was daran liegt, dass eine solche Einrichtung dort nicht vorhanden ist. Diesbezüglich muss angemerkt werden, dass EinwohnerInnen Schneverdingens die Angebote der Lebenshilfe Soltau mitnutzen, wo es unter anderem eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung gibt. Auch wenn ganz grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass die EinwohnerInnen der jeweiligen Sozialräume auch Angebote der Behindertenhilfe aus anderen Gemeinden nutzen (können), ist dennoch zu problematisieren, inwiefern dies ein relevanter Faktor in der Bewertung des Sozialraums beziehungsweise im Hinblick auf (potenzielle) strukturelle Veränderungen im Kontext Inklusion ist. Menschen mit Behinderung, die Angebote außerhalb ihres direkten Wohnortes nutzen, stellen sich unter Umständen zusätzliche Herausforderungen im Kontext Mobilität. Darüber hinaus sind generelle Fragen des Aus- und Abbaus von Werkstattplätzen zu

agentur für Arbeit 2018b; iib Institut Innovatives Bauen Dr. Hettenbach GmbH 2018a; Reh 2018; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2018, S. 4.

16 Hierbei handelt es sich um die Außenstelle einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung, deren Hauptsitz in Mainz ist.

diskutieren, insbesondere im Zusammenhang damit, dass diese zwar als Zeichen von Ausschluss verstanden werden können, da Menschen mit Behinderung dort exklusiv und fernab des sogenannten ersten Arbeitsmarktes einer Beschäftigung nachgehen, demgegenüber allerdings auch als »geschützte« Arbeitsstätten dazu beitragen können, Menschen mit Behinderung so zu qualifizieren, dass sie zukünftig auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden. Perspektivisch ist es interessant zu beobachten, ob und inwiefern sich die Anzahl der Werkstätten und jeweiligen Plätze über den Projektverlauf verändert und so gegebenenfalls Aufschluss darüber geben kann, dass Menschen mit Behinderung inklusive Teilhabemöglichkeiten im Bereich Arbeit nutzen.

**12.4.2 Stationär und ambulant betreutes Wohnen der Behindertenhilfe**  
Im Folgenden sind die Plätze in Angeboten stationär betreuten Wohnens der Behindertenhilfe in den fünf untersuchten Sozialräumen abgebildet. Korrespondierend zur Untersuchung des Angebots im Handlungsfeld Arbeit und Behinderung wird hier ebenfalls die Anzahl der Plätze beziehungsweise der betreuten Personen fokussiert.

*Tabelle 9: Einrichtungen stationär betreuten Wohnens der Behindertenhilfe*

	Erlangen	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd	VG Nieder-Olm
Plätze/betreute Personen in Einrichtungen des stationär betreuten Wohnens der Behindertenhilfe	136	344	0	383	91

In Schneverdingen sind keine Einrichtungen stationär betreuten Wohnens vorhanden, allerdings können EinwohnerInnen Wohneinrichtungen im Umkreis nutzen – ebenso wie in Bezug auf Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Zusätzlich zu den stationär betreuten Wohneinrichtungen

wurden Anbieter des ambulant betreuten Wohnens der Behindertenhilfe recherchiert. Dies ist im Folgenden dargestellt.

Tabelle 10: Anbieter ambulant betreuten Wohnens der Behindertenhilfe

	Erlangen	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd	VG Nieder-Olm
Anbieter des ambulant betreuten Wohnens der Behindertenhilfe	2	12	0	2	0

In Erlangen gibt es zwei Anbieter für ambulant betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung. In Rostock sind es dagegen zwölf Anbieter. Dies kann in der Konsequenz bedeuten, dass Menschen mit Behinderung in Rostock möglicherweise größere Wahlmöglichkeiten haben, an welchen Träger sie sich wenden wollen, als dies in Erlangen der Fall ist. In Schwäbisch Gmünd gibt es zwei Anbieter für ambulant betreutes Wohnen, wogegen es in Schneverdingen und der Verbandsgemeinde Nieder-Olm keine derartigen Anbieter gibt<sup>17</sup>.

12.4.3 Stationär betreutes Wohnen der Altenhilfe

Um Aussagen über die Wohn- und Betreuungssituation von älteren und alten Menschen treffen zu können, wurde untersucht, wie viele (Plätze in) Einrichtungen des stationär betreuten Wohnens der Altenhilfe es jeweils in den Sozialräumen gibt.

17 Die Anzahl der Plätze im ambulant betreuten Wohnen der Behindertenhilfe richtet sich nach dem je gegebenen Bedarf und ist deshalb eine variable Größe. Die Anzahl der jeweiligen KlientInnen liegt zwar vor, ist an dieser Stelle jedoch wenig sinnhaft, weshalb darauf verzichtet wird.

*Tabelle 11: Einrichtungen stationär betreuten Wohnens der Altenhilfe*

	Erlangen	Rostock	Schnever- dingen	Schwä- bisch Gmünd	VG Nie- der-Olm
Einrichtungen des stationär betreuten Wohnens der Altenhilfe	12	24	2	10	3
Plätze/ betreute Personen	1.167	2.301	150	669	456

Die Daten zeigen, dass die stationär betreuten Wohneinrichtungen der Altenhilfe im Gros sehr viele BewohnerInnen haben (beispielsweise bis zu durchschnittlich 152 BewohnerInnen pro Altenheim in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm), was darauf aufmerksam macht, inwiefern die Deinstitutionalisierung von Alten- und Pflegeheimen nach wie vor eine wichtige Aufgabe ist (Trescher 2013, S. 310ff).

#### 12.4.4 Vereine

Im Folgenden ist die näherungsweise Anzahl der Vereine in den einzelnen Sozialräumen dargelegt. Um einen Eindruck davon zu bekommen, wie die Anzahl der Vereine jeweils im Verhältnis zur Anzahl der EinwohnerInnen steht und die Sozialräume so untereinander vergleichbar zu machen, wurde zusätzlich die Anzahl der Vereine pro 10.000 EinwohnerInnen im jeweiligen Sozialraum angegeben.

Tabelle 12: Vereine

	Erlangen	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd	VG Nieder-Olm
Anzahl der Vereine	116	447	130	513	268
Anzahl der Vereine pro 10.000 EinwohnerInnen	10,25	21,46	69,17	84,45	76,82

Vereine finden sich oftmals im Bereich Freizeit, der sich prinzipiell eher wertrational definiert, also über gemeinsame Interessen, und tendenziell herrschaftsfrei ist (Trescher 2015b, S. 32ff). Über das Mitwirken in Vereinen können folglich Berührungspunkte zwischen der Mehrheitsgesellschaft und von Ausschluss bedrohten oder betroffenen Personen entstehen, die in einem gemeinsamen Interesse gründen und so Möglichkeiten der Vergemeinschaftung (und damit schließlich Inklusion) eröffnen. Schwäbisch Gmünd hat, absolut als auch im Verhältnis zu den EinwohnerInnen, die meisten Vereine<sup>18</sup>.

### 12.4.5 Kindertagesstätten

In den Sozialräumen gibt es sowohl Sonder-/Förderkindertagesstätten, integrative Kindertagesstätten als auch sogenannte Regelkindertagesstätten, in denen nicht ausdrücklich Kinder mit und Kinder ohne Behinderung gemeinsam betreut werden. Dies ist allerdings dennoch möglich, beispielsweise im Rahmen einer Einzelintegration der Eingliederungshilfe<sup>19</sup>. Im Folgenden ist

<sup>18</sup> Erlangen: Stadt Erlangen, Oberbürgermeister Dr. Florian Janik 2018; Rostock: Adeos Media GmbH 2018; Schneverdingen: Die Angabe wurde per E-Mail übermittelt; Schwäbisch Gmünd: Stadt Schwäbisch Gmünd 2018; VG Nieder-Olm: Verbandsgemeindeverwaltung Nieder-Olm, Bürgermeister Ralph Spiegler 2018.

<sup>19</sup> Bundessozialhilfegesetz § 39; Speck 2001, S. 376ff.

dargelegt, wie viele Kindertagesstätten es in den Sozialräumen jeweils gibt und welchem Schwerpunkt diese zugeordnet werden können.

*Tabelle 13: Kindertagesstätten*

	Erlangen	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd	VG Nieder-Olm
Sonder-/Förderkindertagesstätten	3	1	0	1	0
Integrative Kindertagesstätten	3	27	3	2	1
Regelkindertagesstätten	133	40	7	54	22
gesamt	139	68	10	57	23

Die hohe Anzahl an Kindertagesstätten in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm mag zunächst verwunderlich erscheinen, begründet sich jedoch annehmbar darin, dass alle Gemeinden der Verbandsgemeinde auch eigene Kindertagesstätten haben.

#### 12.4.6 Schulen

In den Sozialräumen gibt es unterschiedliche Schulformen, die hier zwecks Darstellung in den Rubriken Grundschulen, Förderschulen und weiterführende Schulen zusammengeführt sind. Im Folgenden ist dargelegt, wie viele Schulen es in den Sozialräumen jeweils gibt und welcher Rubrik diese zugeordnet werden können.

Tabelle 14: Schulen

	Erlangen	Rostock	Schne- verdingen	Schwä- bisch Gmünd	VG Nie- der-Olm
Grundschulen	16	18	4	18	6
Förderschulen	3	7	0	4	2
Weiterführende Schulen	41	23	1	12	2

Schneverdingen unterscheidet sich insofern von den anderen Sozialräumen, dass dort keine Förderschule vorhanden ist. Bei der Recherche stellte sich heraus, dass es dort zwar bis zum Ende des Schuljahres 2016/17 eine Förderschule gab, diese jedoch geschlossen wurde. In Bezug auf Fragen inklusiver Beschulung von SchülerInnen mit und SchülerInnen ohne Behinderung bleibt abzuwarten, ob und inwiefern sich die Anzahlen der jeweiligen Schulformen verändern und ob beispielsweise Förderschulen perspektivisch abgeschafft werden. Denkbar ist auch, dass andere und erweiterte Schulformen geschaffen werden. Diese Veränderungen werden annehmbar im Rahmen der Sozialraumanalysen sichtbar und können entsprechend herausgearbeitet und diskutiert werden.

#### 12.4.7 Weiterbildungseinrichtungen und (Fach-)Hochschulen

Neben Kindertagesstätten und Schulen wurde im Handlungsfeld Bildung der Weiter-/Erwachsenenbildungs- und (Fach-)Hochschulbildungsbereich untersucht. Die Ergebnisse dessen sind im Folgenden dargestellt.



Tabelle 15: Weiter-/Erwachsenenbildungseinrichtungen und (Fach-)Hochschulen

	Erlangen	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd	VG Nieder-Olm
Weiter-/Erwachsenenbildungseinrichtungen	6	8	1	10	2
(Fach-)Hochschulen	1	2	0	3	0

Trotz seiner vergleichsweise geringeren Größe hat Schwäbisch Gmünd die meisten Weiter-/Erwachsenenbildungseinrichtungen ebenso wie (Fach-)Hochschulen. Hervorgehoben werden kann zudem, dass in den beiden kleineren Sozialräumen (Schneverdingen und Verbandsgemeinde Nieder-Olm) Weiter-/Erwachsenenbildungseinrichtungen vorhanden sind, was Erwachsenen die Möglichkeit bietet, Interessen nachzugehen und/oder neue Interessen zu entwickeln.

## 12.5 Gesamtbetrachtung und Diskussion

Nachdem zentrale Ergebnisse der Strukturdatenrecherche dargelegt wurden, werden daraus resultierende Fragestellungen diskutiert. Dies erfolgt in theoretischer, methodischer und handlungspraktischer Hinsicht.

### Theoretische Gesamtbetrachtung und Diskussion

Die Ergebnisse der Recherche zeigen, dass ein großer handlungspraktischer Bedarf besteht, Informationen über die strukturelle Ausgestaltung von Sozialräumen zur Verfügung zu stellen, um ausgehend davon organisationales, pädagogisches und/oder verwaltungslogisches Handeln planen zu können, das (beispielsweise) auf die Erweiterung von Teilhabemöglichkeiten für von Ausschluss bedrohte oder betroffene Menschen abzielt. Diesem dringenden Bedarf an Wissen über Strukturen, Barrieren und je individuelle (Teilhabe-)Bedarfe steht gegenüber, dass diesem Streben nach Wissen in gewisser Weise immer ein Moment der Überwachung innewohnt. Es ist also eine Abwägungsfrage, zu entscheiden, ob über bestimmte Strukturdaten ein zentrales Register geführt oder ob dies grundsätzlich unterlassen werden

sollte, um die Privatheit und schließlich auch Privatsphäre der betreffenden Personen zu schützen<sup>20</sup>. Diese Frage stellt sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass Überwachungspraxen sowohl das Private verletzen als auch in der Konsequenz – zumindest potenziell – regulierend sind, eröffnen sie doch implizit Handlungsbedarfe und -optionen. Eine enge Überwachung von Personen kann darüber hinaus eine Verletzung ihrer Würde bedeuten, denn, um die Würde des Menschen zu wahren, ist es notwendig, diesem einen privaten Bereich der Lebensgestaltung zur Verfügung zu stellen, der vor jeglicher Einflussnahme geschützt ist (Wetz 2002, S. 86)<sup>21</sup>. Ein weiterer Aspekt, der mit Blick auf die Strukturdatenrecherche diskutiert werden kann, ist die Frage, welche Expertise es dafür braucht, Teilhabebarrieren zu erkennen und dazu beizutragen, sie abzubauen. Oder plakativer formuliert: Welche Kompetenzen braucht es für Inklusion? Bedacht werden muss dabei, ob es überhaupt einer bestimmten Expertise für Inklusion bedarf. Gerade im Zusammenhang mit der vorangegangenen Diskussion bezüglich Wissenssammlung, Überwachung und Würdeverletzung stellt sich die Frage, ob, und wenn ja, inwiefern, es notwendig sein kann, ein Wissen über die Strukturen und EinwohnerInnen des Sozialraums zu sammeln, um auf Missstände aufmerksam zu machen und schließlich Möglichkeiten für jene Personen zu eröffnen, die in besonderer Weise von Ausschluss betroffen sind. Braucht es überhaupt personenspezifisches Wissen oder widerspricht dies nicht vielmehr dem Gedanken, dichotome Statuszuweisungen im Kontext von Inklusion aufzuweichen? Hinsichtlich der Diskussion von Expertise und was diese begründet, ist das Sammeln struktureller Daten also ebenfalls durchaus ambivalent. Als eine Anschlussmöglichkeit weiterführender theoretischer Auseinandersetzungen bleibt nun die Frage, wie das Verhältnis von Wissensbedarf, Überwachung und möglicher würdeverletzender Regulierung ausgehandelt und diskutiert werden kann.

---

20 Zur Unterscheidung von Privatsphäre, Privatheit und Privatangelegenheit siehe Trescher (2013, S. 307ff; weiterführend Rössler 2001).

21 Zum Zusammenhang von Würde und der Wahrung des Privaten siehe Trescher (2013, S. 307ff, 2015a).

### Methodische Gesamtbetrachtung und Diskussion

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Ziele der Strukturdatenrecherche erreicht wurden. Das Feld wurde deskriptiv erschlossen und es wurde eine Grundlage dafür geschaffen, Ergebnisse der Sozialraumanalysen einzuordnen und weitergehend zu diskutieren. Methodisch herausfordernd war, wie eingangs bereits diskutiert (siehe Kapitel 12.3), dass nicht immer vergleichbare Strukturdaten der fünf untersuchten Sozialräume generiert werden konnten. Hier mussten forschungspraktische Einschränkungen vorgenommen werden (wie beispielsweise Daten zugrunde legen, die sich auf größere Kreise und nicht alleinig auf den jeweils interessierenden Sozialraum beziehen), die allerdings den näherungsweisen Vergleich der Sozialräume nicht einschränken, sondern vielmehr erst ermöglichen<sup>22</sup>. Forschungspraktisch sind methodische Erweiterungen denkbar. Insbesondere Verfahren des sogenannten Dataminings können hierbei eine Rolle spielen, anhand derer große Datenmengen auf Querverbindungen und bislang unbekannte Zusammenhänge untersucht werden. Problematisiert werden kann darüber hinaus, dass die generierten Daten zwar für die weitergehende Einordnung der nachfolgenden Untersuchungen herangezogen werden können, allerdings würden Sozialräume, die sich um den Abbau von Teilhabebarrrieren bemühen, von jenen Daten eher profitieren, wenn diese ihnen zu Beginn des Prozesses zur Verfügung gestellt würden. Dadurch könnten sie ausgehend von jenen Strukturdaten Netzwerke bilden und potenzielle NetzwerkpartnerInnen suchen sowie schließlich je konkrete Maßnahmen planen. Städte und Kommunen, die sich entsprechende Projekte vornehmen, bedürfen also umfassenden Wissens über die strukturelle Ausgestaltung des jeweiligen Ortes, um ein solches Projekt bedürfnisnah und bestmöglich planen zu können. Dieses Wissen muss erhoben und/oder von wissenschaftlicher Seite zur Verfügung gestellt werden.

### Handlungspraktische Gesamtbetrachtung und Diskussion

Die Recherchen legen offen, dass die Strukturdaten selbst bereits als Ergebnis herangezogen werden können und Rückschlüsse auf die Ausgestaltung der Sozialräume zulassen, mit der wiederum handlungspraktische Herausforderungen einhergehen können. Beispielsweise kann problemati-

---

22 Eine problematisierende Perspektive auf strukturanalytische, quantitative Raumstudien eröffnet Bauriedl (2008).

siert werden, dass durch permanente Zu- und Wegzüge von Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund wenig Konstanz gegeben ist, was aufseiten der geflüchteten Personen zu Schwierigkeiten führen kann, Anschluss im Sozialraum zu finden. Aufseiten derjenigen Personen, die Maßnahmen planen und anbieten, bedeutet dies, dass jene Angebote oftmals nur punktuell möglich sind und es eher schwierig ist, längerfristige Aktivitäten durchzuführen. In Bezug auf Menschen mit Demenz wird die Problematik offensichtlich, dass von den Kommunen keine Daten darüber erhoben werden, wie viele Menschen mit Demenz im jeweiligen Sozialraum leben. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass diese kaum je durch Maßnahmen adressiert werden – und auch gar nicht adressiert werden können, da die Kontaktaufnahme kaum gelingt<sup>23</sup>. Die Strukturdaten machen zudem darauf aufmerksam, dass gerade in Rostock teilweise Lebensbedingungen vorherrschen, mit denen ein hoher Arbeitslosigkeitsanteil und damit verbundene Armutsrisiken einhergehen. Dies muss bei der weiteren Analyse mitgedacht werden (insbesondere bei der Sozialraumanalyse im Kontext Arbeit) und es bedarf einer Reflexion dessen, inwieweit sich den Verantwortlichen in diesem Sozialraum gegebenenfalls andere Herausforderungen stellen als in den ›wohlhabenderen‹ Sozialräumen. In Ansätzen deutet sich darüber hinaus eine gewisse Differenz zwischen großstädtischen und kleinstädtischen Sozialräumen an, insbesondere was die Wahlmöglichkeiten für bestimmte Dienstleistungen angeht. So haben Menschen mit Behinderung in größeren Städten gegebenenfalls mehr Wahlmöglichkeiten, welche Wohn- und/oder Betreuungsangebote sie nutzen wollen. Demgegenüber sind in der Kleinstadt unter Umständen bürokratische Hürden geringer, da Anliegen möglicherweise ›auf dem kleinen Dienstweg‹ bearbeitet werden können. Gleichzeitig kann problematisiert werden, dass spezialisierte Versorgungsinstitutionen häufig zentral organisiert sind (zum Beispiel sogenannte Komplexeinrichtungen, aber auch im kleineren Rahmen integrative Kindertagesstätten oder behinderungsspezifische Förderschulen), was mit längeren Anfahrten und einem Ausschluss aus dem persönlichen sozialen Nahraum (Nachbarschaft) verbunden ist (Kratz et al. 2016, S. 11). »Je spezieller sie [Versorgungsinstitutionen; HT/TH] ausgelegt sind, umso geringer ist die räum-

23 Dies spiegeln die Ergebnisse der Sozialraumanalyse im Kontext Freizeit wider, die zeigen, dass Menschen mit Demenz kaum an routinemäßigen Freizeitpraxen in den Sozialräumen teilhaben (siehe Kapitel 17.2).

liche Versorgungsdichte, weil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung weniger Personen als Zielgruppe infrage kommen. Der Einzugsbereich erweitert sich entsprechend und wird »überregional«, was häufig verbunden ist mit langen Fahrtzeiten, einer Trennung der betroffenen Menschen vom gewohnten Wohnumfeld, der Nachbarschaft« (Kratz et al. 2016, S. 11). In Bezug auf Projekte, die Inklusion im Sozialraum voranbringen wollen, kann problematisiert werden, wie wichtig ein Wissen darüber ist, welche EinwohnerInnen des Sozialraums potenzielle AdressatInnen von sogenannten inklusionsorientierten Maßnahmen sind, wie zahlreiche diese vertreten sind und wie diese erreicht werden können. Fehlt dieses Wissen, dann planen Personen, die ein solches Projekt steuern, ein Stück weit ins Leere beziehungsweise entwickeln Maßnahmen, bei denen im Vorhinein Rahmenbedingungen und potenzielle AdressatInnen offen sind. Es wäre also gegebenenfalls sinnvoll, vor der Planung von Maßnahmen genau zu untersuchen, wie der Sozialraum strukturell ausgestaltet ist, wo Menschen an Barrieren stoßen und welche Personen(-Gruppen) besonders stark von Ausschluss bedroht oder betroffen sind. Wird dies nicht getan, kann berechtigterweise die Frage gestellt werden, ob und inwiefern noch von einem sinnhaften Gebrauch der zur Verfügung gestellten Mittel gesprochen werden kann, wenn Projektverantwortliche ein eher geringes Wissen über die Menschen in den Sozialräumen haben, in denen sie das Projekt leiten. Mit diesem Wissen ist nämlich eine deutlich effektivere Maßnahmen- und Netzwerkplanung möglich – denn Netzwerke sollen ja das sein, was nach Abschluss der unmittelbaren Projektphase bestehen bleibt. Inwiefern dabei Ambivalenzen zwischen Wissensgenerierung und Überwachungspraxis ausgehandelt werden müssen, wurde oben diskutiert. Eine weitere Erkenntnis ist, dass an entsprechenden Schnittstellen der kommunalen Verwaltungsapparate Wissen, Ressourcen und Zugangsmöglichkeiten zu fehlen scheinen, anhand derer unkompliziert Strukturdaten zur Verfügung gestellt werden könnten. Möglicherweise deutet dies darauf hin, dass Projekte, wie das hier untersuchte, eher geringen Rückhalt in sowohl Stadtverwaltung als auch Bürgerschaft haben, was wiederum die Reichweite und Nachhaltigkeit eines solchen Projekts von vorneherein behindern kann.